



Ein Waschbär sitzt in einer Lebendfalle. Das Tier breitet sich seit Jahren weiter aus und entwickelt sich in einigen Städten zu einer immer größer werdenden Plage. Die CDU im Kreis Herford sagt ihnen nun den Kampf an. Foto: Patrick Pleul/dpa

Mit Waschbär-Fallen: Das planen die Parteien beim Umwelt- und Klimaschutz

Wer die Umwelt schützen möchte, muss viele Bereiche im Blick haben – vom Artenschutz bis hin zur Wohnungspolitik. Was CDU, SPD, Grüne, FDP und Linke konkret vorhaben, zeigt der NW-Wahlprogrammcheck.

Moritz Trinsch

Kreis Herford. Eins ist klar: Klima- und Umweltschutzmaßnahmen können nicht losgelöst von anderen Bereichen betrachtet werden. Der Verkehr spielt eine Rolle, das Wohnen macht einen entscheidenden Faktor aus und auch mit der Energiepolitik gibt es zentrale Schnittstellen.

Allerdings gibt es auch unabhängig davon Ideen, wie die Erde und deren Umwelt geschützt werden kann. Die einen setzen den Fokus aufs Jagen und Wildfallen für Waschbären, andere wiederum wollen für weniger Müll kämpfen. Auch dem Schutz von Menschen vor Naturkatastrophen kommt Beachtung zu.

Die NW hat sich die Wahlprogramme der einzelnen Parteien zukommen lassen, angeschaut und jeweils knapp zusammengefasst, wobei nicht alle von den Parteien aufgezählten Maßnahmen erwähnt werden. Von der AfD, den Freien Wählern, der Partei „Die Partei“ sowie von Volt lag zum Redaktionsschluss kein Wahlprogramm für den Kreis Herford vor. Deshalb fehlen sie hier.

SPD: Jährlich fünf Kilometer mehr und bessere Radwege

Vieles haben die Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren schon umsetzen können, stellten sie doch den Landrat. Trotzdem ist der selbst gesteckte Aufgabenkatalog noch

lang, ganze 14 Ziele haben sich die Sozialdemokraten für die kommenden Jahre gesteckt.

So soll der Kreis bis 2045 klimaneutral werden und das Klimaschutzkonzept „konsequent“ umgesetzt und „ambitioniert“ fortgeführt werden. Auch der ÖPNV spiele eine wichtige Rolle und soll ausgebaut werden und für alle bezahlbar sein, ebenso möchte die SPD die E-Mobilität ausbauen, etwa indem das LadeNetz vergrößert wird.

Jährlich sollen außerdem fünf Hektar Land für mehr Waldfläche erworben und fünf Hektar sollen naturnah umgebaut werden. Weitere Ziele: Jährlich sollen fünf Kilometer neue Radwege entstehen, zudem sollen ebenfalls jährlich fünf Kilometer Radwege saniert werden. Pro Projekt sind das in der kommenden Legislatur (mit dem Jahr 2025 gerechnet) also 30 Kilometer.

CDU: Energieeffizientes Wohnen und Waschbär-Fallen

Ein eigenes Umweltkapitel gibt es bei der CDU nicht. Stattdessen verweisen die Konservativen unter anderem in den Bereichen Wohnen und Verkehr auf entsprechend „umweltverträgliche“ Maßnahmen, die angestrebt werden sollen. So soll etwa das energieeffiziente Bauen und Sanieren gefördert werden und die Mobilität solle trotz notwendiger Reformen am Ende einen Dreiklang bilden aus Umweltverträglichkeit, Bar-

rierefreiheit und Bezahlbarkeit.

Zudem setzt sich die Partei für eine Überarbeitung des Landschaftsplans „mit Augenmaß ein“. Dieser lege die Balance zwischen Flächennutzung, Naturschutz und regionaler Entwicklung fest. „Wir setzen auf eine Politik, die Landwirtschaft, Jagd und Natur in Harmonie bringt – als Partner, nicht als Gegner“, so die CDU in ihrem Wahlprogramm. Als konkrete Maßnahmen fordern sie, dass der Kreis Wildfallen bereitstellt, um so invasive Arten wie den Waschbären einzudämmen. Dies schütze die heimische Tierwelt und erhalte die Biodiversität vor allem in den Schutzgebieten.

Auch soll die Waffen- und Jagdbehörde gestärkt werden, um so zügigere Genehmigungsverfahren zu ermöglichen. In Schulen solle der Naturschutz eine stärkere Rolle spielen, etwa durch Initiativen mit Imkern oder der Kreisjägerschaft.

FDP: Pilotregion für grüne Gewerbegebiete

Unter dem Motto „Klimaschutz mit Vernunft – für Unternehmen und Umwelt“ wollen die Liberalen vor allem das 2023 eingeführte Klimaschutzkonzept des Kreises gezielt umsetzen. Dabei setzt die FDP auf eine „Zusammenarbeit mit den Menschen und Unternehmen statt auf Verbote“.

Zudem solle das Netzwerk „Unternehmen Zukunft“ ausgebaut und Unternehmen bei der Reduktion und Vermeidung von Kohlenstoffdioxid-Emissionen unterstützt werden. Unter anderem schlägt die FDP Kooperationen mit den Stadtwerken beim Energiedatenmanagement vor. Auch ein überarbeiteter Landschaftsplan werde unterstützt, dieser dürfe aber kein „Misstrauensplan“ werden. Die Liberalen fordern einen engen Dialog mit allen Beteiligten.

Außerdem setzt sich die FDP dafür ein, dass der Kreis als Pilotregion für grüne Gewerbegebiete ausgezeichnet wird. Nähere Details dazu, et-

wa welche Maßnahmen darunter fallen oder welche Bedingungen dafür erfüllt werden müssen, nennt die Partei in ihrem Wahlprogramm nicht.

Grüne: Neuer Aktionsplan für erneuerbare Energien

Die Vision der Grünen ist klar: Der Kreis Herford soll klimaneutral werden. Der Weg dahin ist schwer, das schreibt die Partei selbst in ihrem Wahlprogramm. Die notwendigen Maßnahmen sind aber schon klar: So sollen etwa ein Kreis-Klimaschutzkonzept 2.0 entwickelt und die CO₂-Einsparziele nachgeschärft werden. Das Ziel: Die selbst gesteckte Marke der Klimaneutralität 2045 solle noch geschafft werden.

Ebenso wollen die Grünen einen Aktionsplan zum Ausbau erneuerbarer Energien ins Leben rufen und die Nahwärmenetze ausbauen. Auch grüner Wasserstoff solle künftig eine größere Rolle spielen, dafür möchte die Partei die dafür nötigen Versorgungsstrukturen aufbauen und dabei auch mit anderen Gemeinden kooperieren.

Weitere geplante Maßnahmen der Grünen: Den Ausbau von E-Ladesäulen vorantreiben, einen neuen Landschaftsplan gezielt umsetzen, die kreiseigenen Wälder zu klimastabilen Mischwäldern weiterentwickeln und ein neues Abfallwirtschaftskonzept, das zu einer deutlichen Müll-Re-

duzierung führt, auf den Weg bringen.

Linke: Ausbau von Frühwarnsystemen

Ein eigenes Kreis-Wahlprogramm mit konkret auf die Region angepassten und zugeschnittenen Maßnahmen hat die heimische Linke nicht entwickelt, vielmehr verweist die Partei auf die „Kommunalpolitischen Leitlinien“ des Landesverbandes. Dort heißt es allgemein: „Als Linke wollen wir darum kämpfen, dass unsere Städte und Gemeinden einen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten und zugleich selbst besser auf die Effekte des Klimawandels vorbereitet sind.“

Gezielte Maßnahmen bleiben offen, stattdessen möchte die Partei mit konsequenter Beteiligung der Einwohner gemeinsam Pläne entwickeln und umsetzen, „die vor den Folgen des Klimawandels besser schützen und dabei zugleich dem Klimawandel entgegenwirken sowie einen Beitrag zum Umwelt- und Artenschutz leisten“.

So sollen etwa auch Vorkehrungen, unter anderem in Form von Frühwarnsystemen, für Starkregenereignisse getroffen werden. Zudem sollen Fließgewässer renaturiert, eine CO₂-Neutralität bis 2035 erreicht und die sozialökologische und durch die öffentliche Hand ausgetragene Energiewende vorangetrieben werden.



Hier ist im wahrsten Wortsinn „Ende im Gelände“: Der Radweg entlang der Laarer Straße endet ein gutes Stück vor der Kreuzung mit der Lübbecke- und der Vilsendorfer Straße. Foto: Daniel Salmon



Ende Juli unterzeichneten die Stadt Kalletal und der Kreis Herford eine Absichtserklärung für das Wasserstoffprojekt „Sektorkopplung OWL“. Foto: Lorraine Brinkmann